

**Stromversorger setzt auf Windkraft**  
Die TWS wollen verstärkt in erneuerbare Energien investieren. Ravensburg



**Grundschüler machen Zeitung**  
Schüler aus Fleischwangen berichten von ihrem Besuch beim Osterhasen. Ravensburg



# Schwäbische Zeitung

RAVENSBURG / WEINGARTEN

Mo.-Fr. € 1,30 | Sa. € 1,60

UNABHÄNGIGE ZEITUNG FÜR CHRISTLICHE KULTUR UND POLITIK

Dienstag, 19. April 2011

ANZEIGE

**die ticketbox.de**  
mehr als 1000 Veranstaltungen  
0751-5691557  
schwäbische.de Wir im Süden.

## Frist für Eltern beim Bildungspaket wird verlängert

BERLIN (sz/epd) - Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) will auf Kritik an der Umsetzung des Bildungspaketes reagieren: Die Frist für die rückwirkende Beantragung der Leistungen soll nun möglichst bis zum Sommer verlängert werden. Bei der rückwirkenden Beantragung geht es um Leistungen aus dem Bildungspaket von Januar bis März. Anspruch haben Familien auf zehn Euro pro Kind für Vereinsbeiträge, auf Nachhilfestunden und einen Zuschuss zum Schulmittagessen. Sofern sie diese Leistungen bereits seit Januar genutzt haben, sollen sie die Erstattung nun länger beantragen können. Bisher ist vorgesehen, dass die Frist am 30. April abläuft. Von der Leyen erwartet aber auch von den Eltern der bedürftigen Kinder mehr Eigeninitiative. Der Runde Tisch mit Vertretern der Länder und Kommunen, der die Umsetzung in Städten und Gemeinden beschleunigen soll, kommt übermorgen zusammen.

## Finnische Wahlsieger gegen Euro-Reform

BERLIN (sz/dpa) - Die deutsche Bundesregierung hat einen Tag nach der Wahl in Finnland gefordert, dass sich die künftige Regierung in dem skandinavischen Land an die europäischen Beschlüsse zur Euro-Stabilisierung hält. Bei der Wahl in Finnland haben die Euro-Gegner der Partei „Wahre Finnen“ große Gewinne verbucht und könnten mit den stärkeren Konservativen eine Koalitionsregierung bilden. Die Rechtspopulisten sind strikt gegen Hilfgelder für überschuldete EU-Länder wie Griechenland, Irland und Portugal. Für das Inkrafttreten des Stabilitätspaketes einschließlich Hilfen an Portugal müssen aber alle 27 EU-Länder zustimmen. HINTERGRUND

## Gebremst: Merkel gegen Pkw-Maut – vorerst

Verkehrsminister hat Modelle bereits durchgerechnet – Opposition und ADAC gegen Vignette

Von Rasmus Buchsteiner und Peter Weißberg

BERLIN/RAVENSBURG - Im Bundesverkehrsministerium sind schon alle Modelle für eine Pkw-Maut auf Deutschlands Autobahnen durchgerechnet – doch Angela Merkel tritt noch auf die Bremse. „Es wird keine Maut geben“, lässt die Kanzlerin ausrichten. Doch wie lange gilt das? Kommen angesichts notwendiger Milliarden-Investitionen im Verkehr nicht doch bald Zusatzbelastungen auf die Autofahrer zu? Die SZ beantwortet wichtige Fragen zur Maut:

**Kommt die Autobahngebühr?**  
Bis 2013 unwahrscheinlich. Merkel will die Autobahngebühr bis dahin nicht, und auch im Koalitionsvertrag steht nichts dazu. Doch die Gebühr hat besonders in der Südwest-CDU und CSU Fans – nicht zuletzt, um eigene Großprojekte wie den Bundesstraßenbau bei B 30 und B 31 zu beschleunigen. Baden-Württembergs scheidender Minister für Bundesangelegenheiten Wolfgang Reinhart (CDU) etwa sprach sich bereits 2010 „eindeutig für eine Pkw-Maut“ aus. Auch Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) hat schon öffentlich mit einer Maut-Lösung geliebäugelt. Zu den Berechnungen seiner Beamten (s. Grafik) sagt er: „In meinem Haus gibt es keine Denkverbote.“ Die Maut sei aber nicht aktuell. Hinter vorgehaltener Hand wird in Koalitionskreisen darauf hingewiesen, dass die Karten nach der Bundestagswahl 2013 neu gemischt werden könnten.

**Was sagen Opposition und ADAC?**  
Die SPD findet eine Pkw-Maut unsocial – selbst, wenn dann die Kfz-Steuer entfalle. Die Grünen sprechen von einer „Flatrate für Vielfahrer“. Parteichefin Claudia Roth ist aber für eine Ausweitung der City-Maut. Der ADAC ist gegen jede Maut: Autofahren werde so teuer, es gebe mehr Verkehrstote durch Ausweichverkehr auf schmalere Straßen. Umweltbundesamt und Deutscher Verkehrsgerichtstag machen sich für die Pkw-Maut stark.

## Steuereinnahmen steigen

Bürger bescheren dem Staat Milliarden-Mehreinkünfte

STUTTGART (sz/dpa) - Die Steuereinnahmen steigen offenbar sprunghaft: Im März seien 16,5 Prozent mehr Steuereinnahmen erzielt worden als im Vorjahresmonat, berichtet das Handelsblatt unter Berufung auf Regierungskreise. Im ersten Quartal 2011 habe der Fiskus damit ohne die gesondert erfassten Gemeindesteuern bereits zwölf Milliarden Euro mehr eingenommen als in den ersten drei Monaten 2010. Das entspricht



dem Zuwachs, den die Steuerschätzung für ganz 2011 vorhersagt. Das Körperschaftsteueraufkommen ist angesichts hoher Gewinne der Wirtschaft sogar um knapp 50 Prozent angestiegen. Auch das Lohn- und Umsatzsteueraufkommen legen kräftig zu. Gesonderte Zahlen aus dem Süden liegen noch nicht vor, wie die SZ erfährt. Die Tendenz ist in Bayern und Baden-Württemberg aber noch positiver als im Rest der Republik.

**Wie viel Geld fehlt im Verkehr?**  
Jährlich gibt der Bund 4,8 Milliarden Euro für Straßenverkehr aus – 2,2 Milliarden für die Erneuerung von Straßen und Brücken sowie 2,6 Milliarden für Aus- und Neubauprojekte.

Aber allein im aktuellen Bundesverkehrswegeplan sind Straßenbauprojekte für rund 41 Milliarden Euro als „vordringlich“ eingestuft.

Pro und Contra zu Maut-Modellen, und eine Leserabstimmung: [schwäbische.de/maut](http://schwäbische.de/maut)

## Arbeitsmarkt öffnet sich

Am 1. Mai fallen Beschränkungen für acht EU-Länder

BERLIN (wom) - Rund zwei Wochen lang müssen sich Arbeitnehmer aus acht EU-Ländern gedulden, sofern sie in Deutschland arbeiten möchten. Denn ab dem 1. Mai dürfen sich fast alle Beschäftigten aus EU-Ländern überall in der Gemeinschaft einen Job suchen. Für die meisten gilt dies schon. Aber Deutschland hatte eine siebenjährige Schonzeit ausgedehnt, die ausgerechnet am Tag der Arbeit ausläuft. Dann dürfen Esten,

Letten, Litauer, Tschechen, Polen, Ungarn, Slowaken und Slowenen hier einer regulären Arbeit nachgehen. Außen vor bleiben noch Bulgarien und Rumänien, die ab 2014 kommen dürfen. Die Auswirkungen auf den deutschen Arbeitsmarkt sind umstritten. Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) ist optimistisch. „Wir erwarten eher die jungen, gut ausgebildeten Leute.“

LEITARTIKEL

Leitartikel  
Von Tanja Schuhbauer

## Genug Arbeit haben wir

Mit gemischten Gefühlen schielen Arbeitnehmer, Betriebe und Verbraucher auf den 1. Mai: Was kommt auf uns zu, wenn sich unser Arbeitsmarkt für Arbeitnehmer aus den acht EU-Beitrittsländern des Jahres 2004 öffnet? Die Sorge um mehr Konkurrenz am Arbeitsplatz mag in Einzelfällen berechtigt sein, doch insgesamt gibt es schon jetzt mehr Arbeit als Arbeiter. Im Handwerk, in der Pflege und in der Gastronomie ist der Fachkräftemangel schon so groß, dass die Stellen mit Arbeitnehmern aus Deutschland alleine nicht mehr besetzt werden können. Besonders für leistungsbereite junge Zuwanderer, die das Lernen der deutschen Sprache als überwindbare Barriere sehen, ist die Arbeitnehmerfreizügigkeit eine große Chance: Wer sich in Deutschland beruflich qualifiziert und die Qualitätsstandards erfüllt, gewinnt ein gutes Fundament. Andersherum: Gute Leute sind gesucht. Arbeitswillige, die sich integrieren wollen und in das Sozialsystem einzahlen, werden sehr willkommen sein.

Wie alles im Leben hat aber auch die Freizügigkeit zwei Seiten: Handwerksbetriebe fürchten, dass die Qualitätsstandards und die Wertschätzung der beruflichen Qualifikation im Land leiden, wenn heimische Betriebe mit günstiger arbeitenden Unternehmen aus dem Ausland konkurrieren müssen, deren Qualitätsstandards nicht immer die gleichen sind wie hierzulande. Für den Verbraucher kann das heißen: Er trägt das Risiko, dass der Hausbau zwar billig war, aber nicht dem hiesigen Standard entspricht. Für den heimischen Betrieb kann das heißen: nachbessern, wo andere gepuscht haben.

Letztlich könnten die Folgen aber geringer sein als gedacht: Mit einer riesigen Zuwanderungswelle rechnen Experten nicht. Innerhalb der siebenjährigen Schonzeit, die Deutschland ausgedehnt hatte, haben viele ausländische Fachkräfte ihr Glück längst woanders in der EU gefunden. Im Hinblick auf den 1. Mai sollte eines überwiegen: Die Hoffnung auf motivierte Fachkräfte, die unsere Wirtschaft am Laufen halten und unsere Gesellschaft bereichern.

t.schuhbauer@schwäbische.de

Heute lesen Sie

**Wölfe Schweden haben Angst Welt**

**Kräuterwanderung: Im zarten Grün von Wald und Wiese**

Serie **FIT IN DEN FRÜHLING**  
steckt viel Kraft. **Innen-teil**

ELLWANGEN (ard) - Wer ein Museum oder gar ein einem noch lebenden Künstler gewidmetes Zentrum einrichtet, ist vor Überraschungen nicht sicher. So haben die Verantwortlichen der Ellwanger Sieger-Köder-Stiftung, „Kunst und Bibel“ jetzt auf einem Schul-Altar von 1957 weitere, auf die bislang bekannten Tafeln aufgeschraubte Bilder des schwäbischen Malerpfarrers entdeckt. Geschaffen hat sie Sieger Köder während seiner Zeit als Kunstlehrer am Aalener Schubart-Gymnasium von 1954 bis 1965. Der dreiteilige Flügelaltar war in dieser Zeit für Gottesdienste im Untergeschoss der altherwürdigen Schule genutzt worden. Bekannt waren die Darstellungen zu Pfingsten und Weihnachten (Mariä Verkündigung), der aufgeschraubte Teil offenbart jetzt auch Bilderzyklen zur Passion Christi und zu Ostern mit dem apokalyptischen Lamm im Zentrum. Der Kirchenmusiker Professor Willibald Bezler, Mitglied im Stiftungsvorstand, verweist auf den frühen Malstil Köders, der sich stark am französischen Kubismus eines Georges Rouault oder eines Marc Chagall orientiert hatte. Das Ellwanger Sieger-Köder-Zentrum „Kunst und Bibel“ öffnet am 8. Mai.

## Unbekannte Köder-Bilder

Schul-Altar aus den 50er-Jahren offenbart seine verborgenen Geheimnisse



Stiftungsvorstand Professor Willibald Bezler zeigt den bislang unbekannt Passionszyklus des Malerpfarrers Sieger Köder. FOTO: THOMAS SIEDLER

**Wetter**  
2° bis 22°C  
heiter und sonnig, nur selten Schauerwolken

**Börse**  
DAX: - 2,11%  
Aktuell: 7026,85 | Vortag: 7178,29

Gewerbliche Anzeigen 07561 / 80-850  
Private Anzeigen 0180 - 200 800 5\*  
AboService 0180 - 200 800 1\*  
Ticket Service 0751 / 5691 557  
\*Festnetzpreis 6 ct/Anruf, Mobilfunkpreise max. 42 ct/min.  
Nr. 91 | B 6206